

Frühfranzösisch soll obligatorisch werden

Der Bundesrat rügt Deutschschweizer Kantone

MATTHIAS VENETZ, BERN

Sollten sie nicht einlenken, will der Bundesrat die Kantone künftig dazu verpflichten, eine zweite Landessprache auf der Primarstufe zu unterrichten. Am Freitag hat er dem Innendepartement den Auftrag erteilt, eine entsprechende Vernehmlassung auszuarbeiten. Der Entscheid ist eine Rüge an die Kantone.

Im Frühling hatte der Kanton Appenzell Ausserrhoden beschlossen, den Französischunterricht für Primarschüler zu streichen. Anfang September folgte der Kanton Zürich. Diese Woche beschloss auch das St. Galler Kantonsparlament, den Französischunterricht fortan auf die Sekundarstufe zu verschieben.

Vor allem in der Romandie wurde daraufhin Kritik laut, angeführt wurde sie von der jurassischen SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider. Die zweisprachige Innenministerin sprach in den Tamedia-Zeitungen von einer «Entwertung der Landessprachen und unserer Kultur». Sie kündigte weiter an, das Thema noch diesen Monat in den Bundesrat zu bringen.

Gefahr für den Zusammenhalt

In einer Mitteilung schreibt der Bundesrat am Freitag, die jüngsten Entwicklungen gefährdeten die «harmonisierte Schulbildung und den nationalen Zusammenhalt». Die Bundesverfassung sieht vor, dass Bund und Kantone die vier Landessprachen gemeinsam fördern und sich darum bemühen, die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften zu verbessern. Bisher hatten die Kantone in der Umsetzung dieser Vorgaben einen gewissen Spielraum. Sollten einige Deutschschweizer Kantone das Frühfranzösisch nun endgültig abschaffen, will der Bundesrat das Sprachengesetz ändern und sie daran hindern.

Anders als in der Deutschschweiz ist Deutsch an den Primarschulen der Romandie flächendeckend die erste Fremdsprache. In den meisten Deutschschweizer Kantonen wird seit 2004 hingegen zuerst Englisch unterrichtet, Französisch folgt erst später. Einzige Ausnahme ist Appenzell Innerrhoden; der Kanton hat den Französischunterricht auf Primarstufe gar nicht erst eingeführt.

Nun hat der Bundesrat das Innendepartement damit beauftragt, zwei Varianten damit auszuarbeiten und die Vorgaben an die Kantone explizit im Sprachengesetz festzulegen. Eine erste Variante sieht vor, dass auf Primarstufe weiterhin zwei Fremdsprachen unterrichtet werden sollen. Eine davon muss

allerdings zwingend eine Landessprache sein. Die zweite Variante soll den Kantonen gemäss der Mitteilung des Bundesrates mehr «Spielraum» zugestehen. Sie verlangt, dass eine zweite Landessprache ab der Primarschule bis zum Ende der Sekundarstufe I unterrichtet wird. Ob die Kantone den Englischunterricht für Primarschüler zusätzlich erhalten wollen, bliebe ihnen selbst überlassen. Diese zweite Variante ist ein Kompromissvorschlag.

Englischunterricht verschieben

Vergangene Woche reichte der Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid mit der Unterstützung der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren einen Antrag ein, der landesweit den Unterricht einer zweiten Landessprache auf Primarstufe fordert. Weil mehrere Kantone und Bildungsexperten aber von einer «Überlastung» der Schüler sprechen, wenn bereits auf Primarstufe zwei Sprachen auf dem Lehrplan stehen, soll der Englischunterricht landesweit auf die Sekundarstufe I verschoben werden.

So weit will der Bundesrat nun aber nicht gehen. Die Deutschschweizer Kantone, die Englisch auf Primarstufe unterrichten, müssen sich also entscheiden, ob sie daran festhalten wollen. Die Frage des Frühfranzösisch möchte allerdings der Bundesrat für sie entscheiden.

Marc Bourgeois, Zürcher FDP-Kantonsrat und trotz seinen familiären Verbindungen in die Romandie ein Gegner des Frühfranzösisch, sagt: «Der Bundesrat überschreitet seine Kompetenzen, das ist übergriffig.» Die Kantone seien zwar verpflichtet, eine zweite Landessprache zu unterrichten, doch wie sie das tun wollen, sei eine pädagogische Frage, die je nach Kanton unterschiedlich beantwortet werden könne. Bourgeois sagt weiter, niemand wolle eine Abkehr vom geltenden Konkordat zur Harmonisierung der obligatorischen Schule. «Doch nach rund zwanzig Jahren sollte es möglich sein, Anpassungen an einem solchen Konkordat zu machen.»

Kantonsrat Bourgeois geht davon aus, dass in den kommenden Monaten weitere Deutschschweizer Kantone die Abschaffung des Frühfranzösisch beschliessen werden und der Druck auf den Bundesrat dann weiter steige. Allerdings kommt der Druck inzwischen von beiden Seiten der Sprachgrenze. Damien Cottier, Neuenburger FDP-Nationalrat, hat diese Woche eine parlamentarische Initiative eingereicht, die analog zum Bundesrat, Frühfranzösisch gesetzlich verankern will.